

Abstimmung am 26. Juni Was interessiert mich das Geschwätz?

Nachdem ich das Interview mit Manuel Frick (betr. Franchise-Befreiung) im Radio L gehört habe, muss ich mit Bedauern feststellen, dass Herr Frick das Wort «Giesskannen-Prinzip» noch immer nicht begriffen hat. Er versteht den Begriff so, dass alle AHV-Rentner in den Genuss dieser Vergünstigung kommen würden. Das stimmt aber so nicht! Diese Aktion soll nämlich nur den in Liechtenstein krankenkassenversicherten Rentnern zukommen. Und das ist auch gut so. Dank dem hohen Lebensstandard in unserem Land sind die Lebenshaltungskosten nun einmal höher als zum Beispiel im Ausland. Die Argumente für ein Ja zu dieser Abstimmung sind detailliert im gerade erschienenen DpL-Heft beschrieben. Tatsache ist, - und an der kann auch unsere Regierung und die Landtags-Abgeordneten nicht rütteln -, dass liechtensteinische Rentner seit elf Jahren keine Rentenerhöhung erhalten haben. Im Gegensatz zu allen Arbeitnehmern in unserem Land. (Lohnerhöhung in den letzten zehn Jahren: 6,2 Prozent!) Und wenn Herr Frick behauptet, die Lebenskosten seien nicht gestiegen, dann frage ich mich in welchem Land er lebt? Er soll uns den geheimen Ort verraten, wo er einkauft und die moderaten Stundenlöhne der Handwerker bezahlt. Seine Behauptungen entsprechen schlicht und einfach nicht mehr den heutigen Fakten. Auch sein Vergleich mit dem offiz. Warenkorb der Schweiz ist für Ältere nicht zutreffend. Senioren haben andere Bedürfnisse und Ansprüche als jüngere Menschen. Die sehr subjektive Annahme von Herrn Frick, die Alten würden bei Wegfall der Franchise öfter zum Arzt gehen, empfinde ich als diskriminierend. Ältere Menschen gehen

vielleicht öfter zum Arzt. Nicht weil sie wollen, sondern weil sie müssen. Im Übrigen kostet jeder Arztbesuch. Mit oder ohne Franchise (10 Prozent Selbstbeteiligung). Begründung von Herrn Frick: im Kanton Luzern soll dies der Fall gewesen sein. Was interessieren mich die Erfahrungen im Kanton Luzern und das Geschwätz von irgendwem? Wir leben in Liechtenstein.

Herta Kaufmann,
Bildgass 64, Schaan

Grenzgänger beleben unsere Wirtschaft

Der Gesellschaftsminister meint im «Volksblatt» vom letzten Samstag, mit Bezug auf die Volksinitiative, es braucht gute Argumente, die Grenzgänger von gewissen Leistungen auszuschliessen. Mit der Volksinitiative sind Ausländer den Liechtensteinern gleichgestellt. Alle Versicherten bei einer liechtensteinischen Krankenkasse über 65 und bei einer notwendigen Gesundheitsleistung werden gleichbehandelt. Die Grenzgänger werden durch die Anträge der Regierung für Staatsbeiträge in die Krankenkasse schon lange benachteiligt. Der Staatsbeitrag bewirkt eine generelle Verbilligung der Krankenkassenprämie. Grenzgänger, die sich in ihrem Heimatland versichern, schliesst die Regierung aus, sie kommen nicht in den Genuss günstigerer Prämien. Grenzgänger erhalten die halbe Durchschnitts-Prämie mit dem Lohn ausbezahlt. Da mit dem Staatsbeitrag die Prämie kleiner wird, fällt auch diese Auszahlung für Grenzgänger kleiner aus. Noch mehr sind Liechtensteiner, die in der Schweiz als Grenzgänger arbeiten (auch Rentner die in Liechtenstein wohnen), benachteiligt. Sie erhalten nicht wie in Liechtenstein beschäf-

tigte Grenzgänger die halbe Krankenkassen-Prämie ausbezahlt. Sie müssen die volle Prämie aus eigener Tasche bezahlen. Man darf auf «gute Argumente» des Gesellschaftsministers gespannt sein. Den Initianten der Volksinitiative liegt es fern, eine unnötige und destruktive Grenzgänger-Debatte anzustossen. Im Gegenteil, Grenzgänger tragen zum wirtschaftlichen Erfolg des Landes bei. Da nun aber der Gesellschaftsminister die Volksinitiative in ein schlechtes Licht zu rücken versucht, musste wohl oder übel mit einer Replik reagiert werden. Lassen Sie sich nicht von einer unseriösen Stimmungsmache beeinflussen. Mit einem Ja helfen Sie mit, den Ausfall der Teuerung bei Renten etwas auszugleichen. Gerade wenn Sie zur jüngeren Generation gehören, ist ein Ja besonders wichtig. Mit der Volksinitiative wird die AHV nicht belastet, es bleibt mehr Rente für jüngere Generationen in der Kasse.

Herbert Elkuch, DpL-Abgeordneter

Offener Brief an RR Manuel Frick

Sehr geehrter Herr Gesellschaftsminister Manuel Frick. Im «Volksblatt»-Interview werden Sie u. a. mit folgender Aussage wiedergegeben: «Weil Rentnerinnen und Rentner bei der Kostenbeteiligung an den Gesundheitskosten schon heute gegenüber anderen Erwachsenen begünstigt werden, eine Entlastung mit der Giesskanne hier nicht angebracht ist und diese wohl zu steigenden Gesundheitskosten führen würde.» Haben Sie verstanden, worum es bei der Initiative wirklich geht? Die Rentner warten seit elf Jahren auf eine Rentenerhöhung. Wie kann dieser Missstand rasch, einfach und unbürokratisch gemindert werden? Eine allgemeine Rentenerhöhung ist a) nicht so rasch

umsetzbar, b) würde diese zu erheblichen Mehrkosten führen, und c) das wäre dann eine Giesskanne! Dass damit die Gesundheitskosten steigen würden, ist eine Diffamierung der Rentner. Vielmehr ist es ein wertvoller Beitrag zur Gesundheit im Rentenalter. Alle Argumente in der Informationsbroschüre der Regierung sind scheinheilig und fadenscheinig. Es geht schlicht und einfach darum, den Rentnern zu einer Mehr an Nettoernte zu gewähren. Da geht es nicht um Bedürftigkeit! Waren alle Landesbediensteten, die in den letzten Jahren eine Lohnerhöhung bekommen haben, bedürftig? Ist nicht jede Lohnerhöhung eine Form einer Giesskanne und unabhängig von der Bedürftigkeit? Jeder Vergleich in der Zusammenfassung ist dahingehend unzulässig und irreführend, weil alle Argumente vom Kern der Initiative ablenken und auch nur Halbwahrheiten enthalten.

Dr. Norbert Obermayr,
Mauren, Auf Berg 44

Solidaritätsgedanken wird beschädigt

Eine Anpassung der AHV-Rente wäre notwendig, darin sind sich die meisten einig, denn die ursprüngliche Idee der AHV - ein Leben ohne finanzielle Nöte im Pensionsalter - erfüllt sie nicht mehr. Hätte die DpL den Seniorinnen und Senioren helfen wollen, dann wäre eine Initiative zur Anpassung des Gesetzes über die AHV das richtige Instrument gewesen. Die Befreiung von der Franchise bringt den wenigsten einen Zugewinn, denn nur wer im entsprechenden Jahr ärztliche Leistungen in Anspruch nehmen muss, was man niemandem wünscht, profitiert, und viele brauchen diesen Zu-

stuf nicht. Wie die AHV ist auch die Krankenkasse auf die Solidarität der Generationen angewiesen. Mit dem Bevorzugen einer Gruppe wird dieses System infrage gestellt und beschädigt. Vor allem wenn die Befreiung einer Gruppe zugute kommt, die nachweislich zu den Vermögendsten zählt. Die hohen Gesundheitskosten sind für einen grossen Teil der Bevölkerung zunehmend ein Problem, das nicht mit der Franchise-Befreiung für Rentnerinnen und Rentner gelöst wird. Prämienverbilligungen und Ergänzungsleistungen sollten von den Einkommens- und Vermögensverhältnissen abhängig sein, darüber könnten die Steuerbehörden am kompetentesten Auskunft geben und über die Leistungen, im Sinne einer «Negativsteuer», entscheiden. Die Franchise-Befreiung hilft wenigen und solchen, die sie nicht brauchen - und sie beschädigt den Solidaritätsgedanken.

Peter Wachter für
Die Unabhängigen (DU)